

### Zentrum Kommunikation

Pressestelle  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon: +49 30 65211-1780  
Telefax: +49 30 65211-3780  
pressestelle@diakonie.de

Berlin, im Februar 2018

### Was bedeutet Armut?

Die Sozialwissenschaft unterscheidet zwischen absoluter und relativer Armut. "Absolute Armut" bedeutet, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht decken können. Sie haben zum Beispiel nicht genug zu Essen, keine ausreichende Kleidung oder Wohnung oder ihre ärztliche Versorgung ist nicht gesichert. Die Sicht auf "Relative Armut" bezieht auch die Lebens- und Entwicklungschancen in einer Gesellschaft ein, es geht also um soziale Ungleichheit. Armut bedeutet letztlich, dass Personen nicht die Teilhabemöglichkeiten haben, die in einer Gesellschaft als normal gelten und zugleich materiellen Mangel erleiden. Wer relativ arm ist, hat beispielsweise schlechtere Bildungschancen, weniger soziale Kontakte und für ihn oder sie ist es schwerer als für Andere, beruflich aufzusteigen. Die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, das heißt die soziale und kulturelle Teilhabe, ist in vielerlei Hinsicht eingeschränkt.

### Was bedeutet Armutsrisiko?

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben hat, gilt nach der EU-weit geltenden Definition als armutsgefährdet. Dieses „Armutsrisiko“ betraf 2016 nach den EU-Vergleichsstatistiken 16,5 Prozent aller in Deutschland Lebenden.

### Was bedeutet „verdeckte Armut“?

Zu „verdeckter Armut“ kommt es, wenn Menschen, denen staatliche Grundsicherungsleistungen („Hartz IV“) zustehen, ihren Anspruch nicht wahrnehmen, zum Beispiel weil sie sich schämen oder sie nicht genau wissen, was sie erhalten können. Nach den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nehmen rund 40 Prozent der Leistungsberechtigten solche Leistungen nicht in Anspruch.

### Besondere Armutsrisiken

Die Ursachen von Armut sind vielfältig. Häufig geraten Menschen in Armut, weil sie ihren Job verlieren, krank werden oder sich von ihrem Partner trennen. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnssektor, Frauen im Rentenalter sowie Familien mit mehr als zwei Kindern. In den Statistiken zur Armutsgefährdung wird deutlich, dass gesellschaftliche Benachteiligungen das Armutsrisiko direkt erhöhen. Viele Mütter leiden beispielsweise darunter, dass Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fehlen und die Angebote auf dem Arbeitsmarkt oft schlecht mit einer Familie zu vereinbaren

sind. Dadurch geraten sie in eine Spirale von geringfügiger Beschäftigung. Dies führt in der Regel auch dazu, dass die Mütter im Alter schlecht abgesichert sind.

Viele Menschen, die als "ausländisch" wahrgenommen werden, haben allein deswegen schlechtere Arbeits-, Wohn- und Bildungsmöglichkeiten und werden so diskriminiert. Diese Benachteiligungen werden beispielsweise im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an vielen Stellen erwähnt und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes immer wieder aufgedeckt. So haben etwa Kinder mit türkischem Nachnamen bei gleicher Leistung wie andere Kinder eine deutlich geringere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen.

## Hintergrund und Zahlen

### Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland

16,5 Prozent aller in Deutschland Lebenden galten nach der EU-weiten Vergleichsstatistik „Leben in Europa“ (EU-SILC) im Jahr 2016 als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdung wird bei einer Unterschreitung von 60 Prozent des mittleren Einkommens festgestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt im Rahmen dieser Erhebung darüber hinaus die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen. Hierbei werden weitere Kriterien wie Zugang zu Konsumgütern, Ernährung, Wohnsituation und Beheizbarkeit der Wohnung, Überschuldung oder fehlende Haushaltsgeräte berücksichtigt. 2016 waren in Deutschland 19,7 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.

Das Statistische Bundesamt erhebt Daten nach der europäischen Gemeinschaftsstatistik EU-SILC. Diese Statistik setzt die Armutsrisikoquote bei 60 Prozent des mittleren Einkommens an und gewichtet das Einkommen nach Haushaltsmitgliedern. Nach diesen Berechnungen ist die Armutsrisikoquote von 2007 (15,2 Prozent) bis 2017 (16,5 Prozent) immer wieder gestiegen. Das heißt: auch bei guter wirtschaftlicher Lage verringert sich in Deutschland das Armutsrisiko nicht, bei schlechterer Lage nimmt es langsam, aber stetig zu.

### Bezug von Grundsicherungsleistungen

Ein großer Teil der Menschen, die Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) beziehen, ist langfristig auf diese Hilfen angewiesen. Über 6 Millionen Menschen erhalten die staatliche Grundsicherung für Arbeitsuchende und ihre Angehörigen („Hartz IV“), 44 Prozent davon bereits seit vier Jahren oder länger. Die Hälfte der Leistungsbeziehenden sind Angehörige, die nicht erwerbsfähig sind. Zwei Drittel aller Menschen, die Grundsicherungsleistungen erhalten, beziehen diese über mehr als zwei Jahre.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt zwar in Armut, bezieht jedoch keine staatlichen Hilfen. Dies liegt zum einen daran, dass die Voraussetzungen für den Anspruch auf bestimmte Leistungen steigen. Andererseits nehmen immer mehr Menschen soziale Rechte nicht in Anspruch, weil sie Angst vor den damit verbundenen Sanktionen und Kontrollen haben.

### Geschlechtsspezifische Unterschiede und Unterschiede je nach Familiensituation

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes nach EU-SILC (Erhebungsjahr: 2016) zeigen beim Armutsrisiko deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, den Altersgruppen wie auch nach Familiensituation. Die jeweilige Armutsrisikoquote beträgt:

- durchschnittliches Armutsrisiko in Deutschland 16,5 Prozent

- Männer 15,2 Prozent
- Frauen 17,8 Prozent
- Kinder und Jugendliche 15,4 Prozent
- über-65-Jährige Frauen 16,8 Prozent
- über 65-jährige Männer 12,1 Prozent
- Alleinlebende 32,9 Prozent
- Alleinerziehende 32,5 Prozent
- zwei Erwachsene mit zwei Kindern: 7,8 Prozent
- zwei Erwachsene mit drei und mehr Kindern 18,2 Prozent
- Arbeitslose 70,5 Prozent

**Kinderarmut** ist sehr ungleich verteilt. Nicht nur Alleinerziehende haben ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dieses führt dazu, dass 40 Prozent aller Alleinerziehenden mit Hartz-IV-Leistungen leben. Das Armutsrisiko von Familien mit drei und mehr Kindern liegt – wenn neben dem Einkommen weitere Faktoren als Indikator herangezogen werden - laut dem Familienreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2017 seit Jahren kontinuierlich bei knapp einem Viertel – mit deutlichen Folgen: Jeder fünfte dieser Haushalte bezog Anfang 2017 SGB-Leistungen. Bei Paarhaushalten mit einem oder zwei Kindern lag der Anteil bei nur 6 beziehungsweise 7 Prozent.

**Armutsbekämpfung ist mehr als Arbeitsvermittlung.** Zwar hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Deutschland abgenommen. Die Zahlen zur Armutsgefährdung stagnieren jedoch. Dies hat strukturelle Gründe:

- **Langzeitarbeitslosigkeit:** Nach den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit beziehen fast zwei Drittel der Menschen, die Hartz IV erhalten, diese staatliche Leistung mehr als zwei Jahre.
- **Weniger Geld für die Arbeitsmarktförderung:** Seit 2010 wurden die Mittel für die Arbeitsmarktförderung um die Hälfte reduziert. So ist es kaum möglich, in Zeiten einer guten konjunkturellen Lage auch Langzeiterwerbslose nachhaltig für Arbeit zu qualifizieren.
- **Anstieg der prekären Beschäftigung:** Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2017 stellt deutliche Probleme in Bezug auf prekäre Beschäftigung fest. So ist der Anstieg der im Niedriglohnbereich Beschäftigter von 18,7 Prozent in 1995 auf 24,4 Prozent in 2013 belegt und seitdem konstant. Die Armutsgefährdungsquote atypisch Beschäftigter liegt bei 19,2 Prozent und die von geringfügig Beschäftigten bei 25,7 Prozent. Ein Grund für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Die Tarifbindung hat seit den 1970er Jahren (damals 90 Prozent aller Betriebe in Westdeutschland) kontinuierlich und deutlich nachgelassen und liegt nun bei 51 Prozent der westdeutschen und 37 Prozent der ostdeutschen Betriebe.

## Bewertung der Diakonie Deutschland

Die Diakonie will Menschen, die arm oder davon bedroht sind, arm zu werden, unterstützen und ihnen helfen, einen Ausweg aus der Armut zu finden.

Ein zentraler Anspruch der Diakonie ist, dass alle Menschen für sich selbst und die eigene Familie sorgen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der Zugang zu Bildung ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Kinder und Jugendliche brauchen gute Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie pädagogische Angebote von Anfang an, damit sie gar nicht erst in den Kreislauf von Armut

und Ausgrenzung geraten. Die Diakonie fordert daher, die Sozial- und Bildungs-Infrastruktur auszubauen und weitgehend beitragsfrei zu gestalten.

Die Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge muss dauerhaft gesichert werden. Weitere Steuersenkungen auf Kosten der sozialen Infrastruktur und der Kommunen, die diese anbieten, darf es nach Ansicht der Diakonie nicht geben. Wo den Kommunen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um soziale Angebote und Hilfen, aber auch Schwimmbad, Bibliothek, Freizeitmöglichkeiten oder Kinderbetreuung gewährleisten zu können, kann auch kein Gutschein weiterhelfen, mit dem der kostenlose Zugang ermöglicht werden soll.

Die Diakonie setzt sich ein für eine existenzsichernde Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Nach Diakonie-Berechnungen ist der Regelsatz – je nach Haushaltskonstellation - um mindestens 70 € zu niedrig, bei Alleinstehenden sogar um 150 €. Eine Grundsicherung sollte nicht nur eine fort-dauernde finanzielle Unterstützung sein, sondern die soziale Teilhabe der Menschen verbessern und Perspektiven über den Leistungsbezug hinaus aufzeigen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient.

Aber auch kirchliche Hilfen müssen so gestaltet sein, dass sie Hilfebedürftigkeit überwinden helfen und weder abhängig machen noch entmündigen. Darum sind auch Angebote wie die Tafeln keine Dauerlösung und können den Sozialstaat und eine teilhabeorientierte Sozialpolitik nicht ersetzen.

### **Informationen im Netz**

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutnetzwerks (European AntiPoverty Network-EAPN) gegründet worden. Ihr Ziel ist, Bedürftigkeit in Deutschland zu minimieren: <https://www.nationale-armutskonferenz.de/> Die nak hat 2015 einen eigenen Schattenbericht zur sozialen Situation in Deutschland vorgelegt: <https://www.nationale-armutskonferenz.de/veroeffentlichungen/schattenbericht/>

Ein Bündnis aus verschiedenen Verbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen setzt sich ein für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Informationen unter <http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/>

Text: Diakonie/Sarah Spitzer und Ulrike Pape